

Mülheim an der Ruhr, den 17.06.2013

Eingaben gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW
Korbacher Resolution / online-Petition
Energiewende ohne Fracking

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir die Behandlung unserer Eingabe "Energiewende ohne Fracking" i.S. einer Eingabe gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW im Rahmen Ihrer nächsten Ratssitzung.

Begründung:

Die Gutachten der Landesregierung über „Fracking in unkonventionellen Gaslagerstätten von NRW“ und des Umweltbundesamtes über „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“ aus August bzw. September 2012 zeigen die Risiken der Anwendung der Fracking-Methode auf.

Für eine sachgerechte Risikoanalyse bestehen noch erhebliche Wissenslücken - insbesondere bezüglich der im Frackfluid und im Backflow enthaltenen Stoffe und der an eine Raumverträglichkeitsanalyse zu stellenden Kriterien. Daher kann Fracking nach derzeitigem Wissensstand nicht ohne Risiken für Mensch und Umwelt genehmigt werden.

Es ist zu befürchten, dass im Falle der Genehmigung von Fracking nachfolgende Generationen wie beim Kohlebergbau und bei der Nutzung der Kernenergie Folgeschäden und die durch sie verursachten möglichen Folgekosten zu tragen haben.

Die Energiewende mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Abkehr von der Energiegewinnung aus fossilen Energierohstoffen ist beschlossen. Mit der Energiewende wird der Energiebedarf absehbar abnehmen, auch wenn Gas für Gas- und Dampfturbinenkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung als Übergangstechnologien der Energiewende benötigt wird. Wasserstoff und Methan aus erneuerbaren Quellen werden das Gasangebot ergänzen. Somit wird auch der Bedarf an fossilem Erdgas abnehmen. "Die Gewinnung von Erdgas durch Fracking ist für die Energiewende entbehrlich." Zu diesem Ergebnis kommt der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (siehe Pressemitteilung vom 31.05.2013 zur Veröffentlichung der Stellungnahme "Fracking zur Schiefergasgewinnung - Ein Beitrag zur energie- und umweltpolitischen Bewertung").

Auf kommunaler Ebene wird bereits in zahlreichen Beschlüssen, Resolutionen und Entschlüssen die gesetzliche Verankerung zum vollständigen Verzicht auf die Anwendung der Fracking-Methode gefordert.

Auf Bundesebene konnte noch keine Mehrheit dafür gefunden werden, die Rechtsgrundlagen entsprechend zu ändern. Es wird weiterhin versucht, über eine gesetzliche Verankerung der UVP-Pflicht für Fracking im Bundesberggesetz und entsprechende Anpassungen des Wasserhaushaltsgesetzes eine Genehmigungsbasis für Fracking zu schaffen.

Die Unterzeichner dieser Eingabe befürworten daher die klaren Forderungen der Korbacher Resolution:

- sofortige ausnahmslose Abkehr von sämtlichen Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger
- genereller Verzicht auf Importe von und Handel mit „gefrackten“ fossilen Energieträgern
- Novellierung des Bergrechts mit Einführung der höchsten Umweltstandards und der Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit
- konsequente Umsetzung der politisch beschlossenen Energiewende.

Ziel:

Mit der vorliegenden Eingabe gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW möchten wir auf die Korbacher Resolution und die Unterschriftenaktion der Online-Petition an Bundestag und Länderparlamente hinweisen (siehe <http://www.petition-fracking.de>).

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich als politische Vertreter Ihrer kommunalen Gebietskörperschaft durch Ihre Unterschrift und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema positionieren würden.

Nähere Informationen zum Thema "Fracking" können Sie beispielsweise auf der Webseite <http://www.buendnis-no-fracking.de> einsehen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne auch persönlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Volker Thiele

(LRDir i.R.)

Herzogstraße 4
45479 Mülheim an der Ruhr



Prof. Dr. Erhard Mohr

(Bergassessor)

Lönsweg 35
45479 Mülheim an der Ruhr

Korbacher Resolution der Bürgerinitiativen gegen Fracking

-

Am 4. und 5. Mai 2013 haben sich in Korbach die unten aufgeführten Anti-Fracking-Initiativen aus Deutschland zur stärkeren Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch getroffen.

Folgende Forderungen richten wir an Bund, Länder und die Europäische Union:

- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
- Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
- Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

Unterzeichner/ Signers:

1. AG Post Fossil Kassel (HE)
2. AK Fracking Braunschweiger Land (NI)
3. Aktionsbündnis No Moor Fracking (NI)
4. BI "No Fracking" Völkersen (NI)
5. BI Fracking freies Hessen
6. BI für ein lebenswertes Korbach (HE)
7. BIGG Drensteinfurt (NRW)
8. BIGG Hamm (NRW)
9. BIGG Hochsauerland (NRW)
10. BIST e.V. Herbern (NRW)
11. Stop Fracking BI Witten für sauberes Wasser (NRW)
12. BUND Bodensee-Oberschwaben (BW)
13. BUND Hessen
14. BUND Kassel (HE)
15. BUND KV-Schwalm-Eder (HE)
16. BUND-AG "Wir gegen Fracking" Lüneburg (NI)
17. Food & Water Europe
18. Hamminkeln Gegen Gasbohren (NRW)
19. IG Fracking-freies Artland e. V. (NI)
20. IG Gegen Gasbohren Borken (NRW)
21. IG Rees gegen Gasbohren e. V. (NRW)
22. IG Schönes Lüne (NI)
23. Initiative no Fracking "InoFrack" (NRW)
24. No Fracking in Mülheim an der Ruhr (NRW)
25. NRÜ gegen Fracking e.V. (NI)
26. Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Unterstützer/Supporters/Soutiens:

www.muellverbrennung-korbach.de/pages/fracking/korbacher-resolution.php

Begründung:

Die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels Hydraulic Fracturing ('Fracking') und andere wirkungsgleiche Verfahren kann keinen Beitrag dazu leisten, einige der wichtigsten globalen Probleme zu lösen: den beschleunigten Klimawandel, den Raubbau an Ressourcen, den steigenden Energieverbrauch und die ungerechte Verteilung von Wohlstand. Aus diesen Gründen lehnen wir den Irrweg 'Fracking' entschieden ab.

Wir sind uns bewusst, dass eine sichere, nachhaltige und gerechte Energieversorgung eine Aufgabe darstellt, die einerseits über Ländergrenzen reicht, andererseits eine Verantwortung einfordert, die sich über Generationen in die Zukunft erstreckt. Bereits heute gibt es eine Vielzahl von Ansätzen, wie nach dem Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung auch kohlenstoffhaltige Energieträger ersetzt werden können. Jedoch mangelt es noch zu oft an dem Willen, sich als Gesellschaft auf den Weg zu machen und die Energiewende konsequent voranzutreiben. Dabei ist es eine existenzielle Notwendigkeit, unseren Kindern und Enkeln eine bewohnbare Erde zu hinterlassen.

Angesichts der ethischen Verpflichtung, unsere Gesellschaft nachhaltig, gerecht und in gemeinschaftlicher Teilhabe weiterzuentwickeln, fordern wir daher den Aufbruch in eine neue Energiezukunft, dessen Wurzeln in einem breiten gesellschaftlichen Konsens gründen.

Fracking als Hochrisikotechnologie zur Förderung unkonventionellen Erdgases u. -Öles ist unmittelbar mit nicht verantwortbaren negativen Eingriffen in den Naturhaushalten verbunden und bringt ein unabsehbares Konfliktpotential in die Gesellschaft. Breite Bevölkerungsschichten in Deutschland lehnen das Verfahren ab. Wir erwarten daher von den Politikern in Bund und Ländern nach dem Beschluss des Atomenergieausstiegs konsequent die Umsetzung des nächsten Schrittes: den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger. Dieses langfristige Ziel wird über Parteigrenzen hinweg beschworen, jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen ist die Jagd auf die letzten fossilen Energiereserven eröffnet.

Dabei können selbst die vermuteten unkonventionellen Vorkommen an Öl und Gas keinen signifikanten Beitrag zur Verringerung der Energie-Abhängigkeit Deutschlands oder Europas leisten. Auch die Energiepreise werden auf Dauer nicht gesenkt, denn die Aufwände zur Förderung sind deutlich höher als bei konventioneller Förderung. Die Erfahrungen aus den USA zeigen, dass die Förderraten schnell sinken und selbst durch ein dichteres Netz an Bohrtürmen sowie mehrfachen Fracks kaum aufrecht erhalten werden können. Darüber hinaus konterkariert unkonventionelles Erdgas durch seine schlechte Klimabilanz die bereits beschlossenen, politisch verbindlichen nationalen und europäischen Klimaschutzziele.

Daher ist bei volkswirtschaftlicher Abwägung des Risiko-Nutzen-Verhältnisses die unkonventionelle Gasförderung gesellschaftlich unverantwortlich, selbst wenn sie ohne Einbringung umwelttoxikologischer Substanzen irgendwann möglich wäre. Die Floskel vom sogenannten „clean fracking“ ist ganz entschieden zu entkräften, denn es gibt keine saubere Ausbeutung und Nutzung fossiler Energieträger!

Die Ausbeutung dieser Vorkommen dient nur der kurzzeitigen Gewinnmaximierung multinationaler Konzerne ohne einen nachhaltigen gesellschaftlichen Nutzen. Die Risiken und Folgekosten, welche existenziell und irreparabel sind, liegen ausschließlich auf Seiten der Bevölkerung:

- verschmutztes Grund- und Trinkwasser durch Bohr- und Transportunfälle, unkontrollierte Rissausbreitung und mangelhafte Sicherung von Bohrlöchern
- verseuchter Boden durch Leckagen in Rohrleitungssystemen, insbesondere durch Lagerstättenwässer
- belastete Luft in den Abbaugebieten um die Bohr- und Förderplätze durch entweichende Kohlenwasserstoffe und andere Gifte mit großer Schadwirkung für die Menschen und die Atmosphäre
- Gefährdung des Grundwassers durch verpresste Abwässer und Ausgasen verlassener Bohrungen
- Zunahme von Flächenverbrauch und Bodenversiegelung durch Straßennetze und Bohrplätze
- Schadstoffemissionen und Lärm durch LKW-Verkehr und Dieselaggregate auf den Bohrplätzen
- Umwandlung ländlicher Regionen, die bisher durch landwirtschaftliche Nutzung und Tourismus geprägt sind, zu Industrielandschaften mit rigorosem Wandel und Niedergang vorhandener wirtschaftlicher und kultureller Strukturen
- leichte bis mittlere Erbeben ausgelöst durch Fracking und Verpressung von Abwässern
- Ewigkeitsschäden durch Bodensenkungen.

Die trügerische Hoffnung auf bisher unerschlossene fossile Energieträger darf nicht weiter das Nachdenken über eine nachhaltige, risikoarme und gerechte Energieversorgung ersetzen.

Im Namen aller Unterzeichner/innen.

Drensteinfurt, 09.05.2013 (aktiv bis 08.11.2013)